FRIEDENS JOURNAL

Zehn Jahre Terror durch „Anti-Terror"-Krieg

- Zehn Jahre 9/11 – ein Plädoyer für Meinungsfreiheit
- Al Qaida – ein Phantom als Kriegsbegründung
- Vom Anti-Terror-Krieg zum Kampf für Demokratie?
- Mit Anti-Terror-Gesetzen gegen das Grundgesetz
- Aktionsherbst der Friedensbewegung zum Afghanistan-Krieg

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

September 2011/Nr. 5

Inhalt

SCHWERPUNKT

10 Jahre 9/11: Ein Plädoyer für Meinungsfreiheit . . . 3
Al Qaida: Ein Phantom als Kriegsbegründung 6
Vom Krieg gegen Terror zum Krieg für Demokratie? 8

GASTBEITRAG

Mit Anti-Terror-Gesetzen gegen das Grundgesetz . 10

FRIEDENSBEWEGUNG

Herbstaktionen der Friedensbewegung 12

RUBRIKEN

Im Blickfeld 5, 9
Buchbesprechung. 14
Friedensnetz Baden-Württemberg. 15
Rückseite: BAF zu Lybien 16

FOTOS

Quellenangaben zu Fotos im Heft:

Seite 4,5: Wikipedia
Seite 1, 6: Archiv
Seite 3: Titelseite Der Spiegel vom 8.9.2003

Das nächste Friedensjournal erscheint am 12.11.2011

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet:
www.frieden-und-zukunft.de/friedensjournal

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
Tel.: 05 61 / 937 17574
e-mail: peter.strutynski@gmx.de
www.ag-friedensforschung.de

Redaktion:
Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Zunehmende Demokratiedefizite

Liebe LeserInnen und Leser,

in den zurückliegenden Wochen ist bereits viel zum zehnten Jahrestag des 11.9.2001 geschrieben worden. Sicher ist: Die Geschehnisse dieses Tages haben den Gang der Weltgeschichte verändert. Doch was ist zu den Terroranschlägen selbst als sichere Tatsache anzusehen und wo beginnt die Spekulation? Und vor allem: Was hat es mit der Begrifflichkeit der Verschwörungstheorien für eine Bewandtnis, mit der wir seitdem konfrontiert werden?

Wir haben uns mit den Schwerpunktbeiträgen dieser Ausgabe nicht gescheut, diese heikle Frage aufzugreifen. Nicht in der Absicht, spekulative Antworten auf berechtigte Fragen zu geben, sondern um auf die dramatischen Konsequenzen zu verweisen, wenn wir dieser Frage aus dem Weg gehen. Eine wesentliche Entwicklung nach 9/11 ist, dass in unseren Medien erschreckende Demokratiedefizite hervortreten, die sich in einer völlig unkritischen Berichterstattung über diese Thematik ergeben, was von unserer Autorin Sabine Schiffer analysiert wird.

In gleicher Weise ist als innenpolitische Konsequenz von 9/11 die aktuell wieder laufende Debatte um Anti-Terror-Gesetze, speziell zur Vorratsdatenhaltung von Interesse. Den damit verbundenen Abbau von demokratischen Grundrechten behandelt in unserem Gastbeitrag Uli Breuer.

Im Beitrag von Karl- Heinz Peil wird die Rolle der Anschläge vom 9.11. für den damit begründeten Anti-Terror-Krieg analysiert. Bezüglich der Rolle von Osama Bin Laden und Al Qaida ergeben sich ebenso viele Fragen wie zum 11.9. selbst. Selbst über bürgerliche Medien wurde hier bereits vor Jahren analysiert, dass es sich bei Al Qaida um ein Phantom handelt. Es stellt sich allerdings die Frage, wie man nach zehn Jahren mit einem Phantom als Kriegsbegründung künftig diejenigen Kriege gegen diejenigen Länderführen will, die seit dem 11.9.2001 auf der Agenda stehen. Zu diesen Ländern gehören vor allem auch Libyen und Syrien. Bei letzteren steht allerdings nicht mehr der Kampf gegen den Terror, sondern der „Kampf um Demokratie“ im Vordergrund.

Werner Ruf analysiert in seinem Beitrag diese Veränderungen in der Kriegsrhetorik. Es zeigen sich hierbei erhebliche Glaubwürdigkeitsdefizite, da gleichzeitig die militärische Niederschlagung der Demokratiebewegung in Bahrein und Jemen hierzulande ebenso als „Stabilisierung“ unterstützt wurde, wie die weitere Unterstützung des repressiven Regimes in Saudi-Arabien durch deutsche Waffenexporte.

Völlig unglaubwürdig ist die Demokratie-Argumentation auch in Bezug auf Afghanistan. Nach fast zehn Jahren „Krieg gegen den Terror“ ist Afghanistan weiter denn je von demokratischen Verhältnissen entfernt. Dieses werden wir auch in den Herbstaktionen der Friedensbewegung herausstellen, die von Peter Strutynski in seinem Beitrag aufgelistet werden.

Last not least ist auch nach dem Ende der Kämpfe in Libyen nicht zu erwarten, dass in diesem Land jetzt demokratische Verhältnisse einkehren werden. Zu eindeutig war dieses ein Krieg der NATO um die neokoloniale Beherrschung dieses Landes unter dem Deckmantel des Kampfes um Demokratie. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat in seiner Stellungnahme vom 22.8. die Gründe für diesen Krieg und zu erwartende Konsequenzen dargestellt. Wir haben diese Erklärung auf der letzten Seite wiedergegeben.

Horst Trapp

Unterschriften für den Aufruf:

Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen

bitte an die Redaktionsanschrift des Friedensjournals einsenden. Unterschriftenlisten zum Ausdruck sind abrufbar unter *www.ag-friedensforschung.de*

Zehn Jahre 9/11 - Ein Plädoyer für Meinungsfreiheit

von Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung, Erlangen

19 arabische Islamisten, mehr oder weniger begabte Flugschüler, mehrheitlich saudische Staatsbürger und mit Teppichmessern bewaffnet, entführten am 11. September 2001 vier Passierflugzeuge in den USA und verursachten einen der traumatischsten Terroranschläge.

Dahinter wird noch am selben Tag Osama bin Laden als Drahtzieher vermutet und (s)ein Netzwerk namens Al Qaida ausgemacht. Diese Theorie einer Verschwörung von Islamisten gilt auch 10 Jahre nach dem schrecklichen Ereignis, das 3000 Menschenleben kostete und das sich mittels Echtzeitbildern ins kollektive Gedächtnis der mediatisierten Welt einprägte, als offizielle Theorie. Zwar wurden einige der Verdächtigen gefasst und unter Folter verhört, aber zu einer Verurteilung ist es nicht gekommen. Der Hauptverdächtige Osama bin Laden wurde vor kurzem nach einem Killer-Einsatz in Pakistan für tot erklärt, obwohl er nicht einmal wegen der Anschläge von 2001 gesucht wurde. Dafür reichten laut Aussage des FBI auf eine Anfrage im Jahre 2006 hin die Indizien nicht aus. Und obwohl sich der im Jahre 2004 veröffentlichte offizielle Untersuchungsbericht als unhaltbar erwies, weil dort etwa das Faktum des einstürzenden dritten Turmes des World Trade Center, WTC7, unterschlagen wurde sowie die über 20 Zeugen von Explosionen im Basement der Türme um den Hausmeister Rodrigues nicht verhört worden waren, gilt die offizielle Verschwörungstheorie weiterhin als die einzige Nicht-Verschwörungstheorie.

Offizielle Version: Die Nicht-Verschwörungstheorie

Denn es war dem damaligen US-Präsidenten George Bush durch einen rhetorischen Trick gelungen, alle aufkommenden offenen Fragen, Lücken und Zweifel an den Erklärungen als "Verschwörungstheorie" zu denunzieren. Eine Verschwörung soll es aber gegeben haben, denn als Tat eines Einzelnen ist dieser Anschlag ja weder vorstellbar noch wird das behauptet. Dass die Verschwörer aus einer Höhle in Afghanistan heraus gesteuert wurden, ohne dass der Anführer - Osama bin Laden - ein Telefonat geführt hatte, das man sofort hätte orten können, darf durchaus auch bezweifelt werden. Dennoch war Afghanistan das erste post 9/11-Kriegsziel der Allianz der Willigen, aus der sich Deutschland nur vordergründig heraushielt. Ohne die logistische Unterstützung Deutschlands als Drehschreibe und Kommandozentrale sind die Kriege im Süden und Osten nämlich gar nicht führbar.

Emotional scheint immer noch das Feindbild Islam, das hier nicht erstmalig, aber nachhaltig bemüht werden konnte, zu tragen.

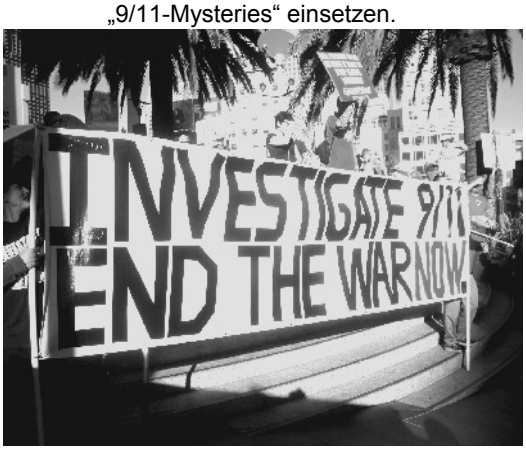
10 Jahre Presse-PR in Sachen Terrorismus haben zu erheblichen Aufmerksamkeitsverschiebungen geführt - wie man kürzlich an vorschnellen Fehlinterpretationen der Anschläge in Norwegen ablesen konnte. Das Feindbild Islam und der sogenannte islamistische Terror widersprechen zwar jeder Terrorstatistik, emotional ist dieses Feinbild vor allem durch den 11.9.2001 nachhaltig in der westlichen Welt präsent. Immer noch dient es als Werbeobjekt für Kriegseinsätze, mit der Terrorangst werden Grundrechte abgebaut und "Big Brother"-Überwachungsmaßnahmen verschärft. Wie das Peak-Oil-Gutachten der Bundeswehr belegt, haben die Ressourcenverteilungs- und somit Wirtschaftskriege schon begonnen. Liz Fekete vom Institute of Race Relations in London weist auf den Zusammenhang zwischen dem „Krieg gegen den Terror“, dem europaweit zunehmenden (antimuslimischen) Rassismus und dem Abbau von Menschen- und Völkerrecht (für alle) hin.

Medien versagen als Vierte Gewalt

Wir haben es schon öfters feststellen müssen und es ist auch hier nicht anders. Unsere Mainstream-Medien vermeiden es im Wesentlichen, kritische Fragen zu stellen und verlegen sich auf Affirmation. Man übernimmt in den meisten Fällen unkritisch die Behauptungen vom „Krieg gegen den Terror“ oder auch wahlweise mal die vorgeblichen Ziele für Humanität (z.B. "Brunnenbohren" in Afghanistan) oder Menschenrechte (z.B. Rechte der Frauen in Afghanistan). Begünstigt wird diese Sprachrohrfunktion für eine bestimmte Politik durch den emotionalen Auslöser, der auch als „katalytisches Ereignis“ bezeichnet werden kann: 9/11. Vielleicht liegt es daran, dass sich unsere Medien in ihrer Bestätigungsorgie für die Bush’sche Theorie geradezu überschlagen. Allen voran schritt von Anfang an das Wochenmagazin Der Spiegel, als ehemals linkes Medium mit aufklärerischem Ruf.

So ging es vielleicht auch dem ARD-Magazin Titel-Thesen-Temperamente TTT, das am 10. Juli 2011 einem der Skeptiker der ersten Stunde, Mathias Bröckers ein Forum für sein neues Buch bot. Interessant ist, dass es dem Moderator offensichtlich ein Anliegen war, sich verbal von Bröckers zu distanzieren. Dabei wäre genau das die Aufgabe der Medien – die anscheinend einzig erlaubte Version, die eine bestimmte Machtpolitik begünstigt, in Frage zu stellen. Und keine Theorien zu entwickeln – denn die Beantwortung der offenen Fragen sind uns diejenigen schuldig, die eine Erklärung

propagieren, die aus physikalischen und anderen Gründen unhaltbar ist. Darum fordern inzwischen Piloten, Physiker, Politiker, Netzaktivisten u.v.m. eine unabhängige Untersuchung. Sie nennen sich „..... for 9/11-truth“ – „für die Wahrheit“, die wir eventuell nie erfahren werden, obwohl beispielsweise inzwischen im japanischen Parlament eine Anhörung stattgefunden hat und sich auch Angehörige der Opfer für die Aufklärung der „9/11-Mysteries“ einsetzen.



Von Anfang an machte der Spiegel aus seiner Positionierung zum Sachverhalt kein Hehl: In seiner Ausgabe zum zweiten Jahrestag am 8.9.2003 zeigt die Titelseite die brennenden Twin-Towers auf dem Kopf stehend. Und die zum Thema verfassten Texte führen auch nur die Aspekte auf, die die offizielle Verschwörungstheorie bestätigen können – Widersprüche werden eingeebnet. Im Jahr 2011 muss anscheinend noch ein größeres Geschütz gegen zunehmende Zweifel aufgefahren werden, so dass der Fernsehsender VOX am 10. September ein 12-stündigen Marathonprogramm aufzieht: Allerdings tun das dort die einschlägig bekannten Spiegel-Autoren, die bei der Gelegenheit ihr altes Material nun im Fernsehen recyceln können. Die vielfach hörbare Forderung nach Meinungsfreiheit, die von unseren Politikern bei Regierungen anderer Länder vehement eingefordert wird, scheint aber nicht zu gelten, wenn es um den "Krieg gegen den Terror" und dessen Ursprungspunkt 9/11 geht. Wirft man nämlich die offen gebliebenen Fragen auf und fordert eine plausible Erklärung, so sieht man sich schnell mit einem Maulkorb versehen, der unter anderem mit der Stigmatisierung des nicht ernst zu nehmenden Verschwörungstheoretikers daher kommt. Diese Drohung wirkt auch heute noch bei vielen Menschen, die längst die erdrückende Faktenlage gegen die offizielle Version wahrgenommen haben.

Faktizierung durch Formulierung

Wie es inzwischen ein „Feindstrafrecht“ gibt, in dem Terrorverdächtige prophylaktisch „liquidiert“ oder ohne Anklage interniert werden können, so scheint es auch in Bezug auf 9/11 eine Art ungeschriebenen Feind-Presse-Kodex zu geben. Es ist nämlich auffällig, wie hier – entgegen der üblichen Sorgfalt in der Straftatsberichterstattung – mit Wörtchen wie „mutmaßlich“, „verdächtig“ oder „angeblich“ gespart wird. Da wird angesichts der Todesnachricht von Osama bin Laden nicht geschrieben, dass „er für das schreckliche Verbrechen verantwortlich gemacht wird“ oder „im Verdacht“ ist, sondern einfach im Indikativ behauptet, dass er „für das schreckliche Verbrechen verantwortlich ist“. Das kann ja sein, aber es gibt keinen Beweis, noch nicht einmal einen Indizienprozess dafür. Wohlgemerkt, es geht an dieser Stelle nicht um die Leugnung des möglichen, sondern um die journalistische Sorgfaltspflicht, einen Tatverdächtigen von einem Verurteilten zu unterscheiden. Derlei faktizierende Formulierungen und deren jahrelange Wiederholung – das beste Mittel der Überzeugung – dürften mit dazu beigetragen haben, dass Fragesteller anrüchig scheinen, das angeblich Offensichtliche zu leugnen.

Ganz entgegen ihrer idealtypischen Aufgabe, haben sich die wenigsten Medien außerhalb des Internets in den vergangenen 10 Jahren wirklich kritisch mit der offiziellen Verschwörungstheorie auseinander gesetzt. Gerade wenn „die Wahrheit“ ankündigt wird, ist immer besondere Vorsicht geboten – etwa bei der schon vielfach wiederholten öffentlich-rechtlichen Reportage „WTC7 – Mythos und Wahrheit“. Der Beitrag räumt genau so viel Ungereimtheiten ein, wie nun wirklich nicht mehr zu leugnen ist, um dann neue Thesen aufzustellen, wie die offizielle Theorie eventuell doch noch bestätigt werden könnte. Dabei wird den Kritikern genau das vorgeworfen, was auf die Verteidiger der Bush-Theorie zutrifft: nur die Fakten ernst zu nehmen, die in ihr Konzept passen. So kann man natürlich jeden Glauben bestätigen.

Wie das Fernsehen die Kulturkampfthese von Bernard Lewis und Samuel Huntington bedient, zeigt ganz aktuell das ZDF. Aus Anlass des 10. Jahrestages der Anschläge vom 11. September 2001 sei die Sendung "Heiliger Krieg" entstanden, so Guido Knopp in einem Interview des ZDF-Mittagsmagazins. Geschichtsklitterer Knopp darf in besagter Serie mit aufklärerischem Anspruch also die Anschläge von 9/11 in den Kontext eines "1400-jährigen Konkurrenzkampfes zwischen Islam und Christentum" stellen. Dies wiederum entspricht genau der Sichtweise einer dubiosen "Initiative 1683", deren christlich-fundamentalistische Geschichtsdeutung auch eine der Vorlagen des sog. "Manifests 2083" des Attentäters von Norwegen war.

Inzwischen übernimmt die Springer-Tageszeitung Die Welt eine führende Rolle darin, die Anschläge mit neoliberaler Wirtschaftsdoktrin als Metapher für die angeblich angegriffene Freiheit zu verknüpfen, um schließlich zur Bekämpfung des neuen und angeblich Nazi-ähnlichen Feindes aufzurufen (z.B. Mathias Döpfner). Autoren wie Alexander Ritzmann, Andrea Seibel, Leon de Winter, Walter Laqueur und einige andere betreiben eine vergleichbare Feindbildpflege – meist noch mit einem Schwenk hin zur sog. Israelsolidarität, wie sie auch bei den rechtspopulistischen Bloggern und dem Terroristen von Norwegen auszumachen ist. Welt-Autor Henryk Broder verbindet all diese Elemente mit der ihm eigenen Portion Zynismus, wenn er am 11. August 2011 auf achgut.com meint: „Selten zuvor ist ein Massenmord [Norwegen] so schamlos missbraucht worden [für Kritik an ihm u.a.].“ Dies ist nicht nur eine Verhöhnung der Opfer eines vom Rechtspopulismus inspirierten Attentäters, das grenzt auch an eine Verhöhnung der Opfer von 9/11. Was anderes als Missbrauch liegt vor, wenn ein unaufgeklärter Mas-

senmord zur Legitimation desaströser Maßnahmen herhält, der nicht nur den Ruf, sondern Menschenleben kostet?

Viele offenen Fragen

Ungeklärt sind nach wie vor viele schwerwiegende Widersprüche, wie z.B.:

Warum soll Mohamed Atta sein Testament mit in der Reisetasche geführt haben, die zur Vernichtung bestimmt war?

Warum stürzte der zweite und weniger schwer getroffene WTC-Turm zuerst ein?

Wie konnten die Türme in Echtzeit einstürzen – entgegen physikalischer Gesetze?

Wie konnte ein einziger Gegenstand, (zufällig der Personalausweis eines Terroristen) den Einsturz der Türme unbeschadet überstehen?

Wieso konnte als drittes Gebäude das 47 Stockwerke hohe Gebäude WTC7 am Abend in sich zusammen sacken, obwohl dieses über 100 m vom eingestürzten Nordturm entfernt war?

Und warum fiel an diesem Tag erst- und einmalig das doppelte und weltweit sicherste Luftraumüberwachungssystem der USA aus?

Dies sind nur einige zentrale Kernfragen eines inzwischen ansehnlichen Katalogs und sie schreien nach einer unabhängigen Untersuchungskommission. Aufklärung scheint jedoch nach wie vor unerwünscht, was auch Prominente wie Dario Fo oder Mathieu Kassowitz zu spüren bekommen, etwa wenn sie in Talkshows der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Was für eine Nervosität! Elias Davidsson ist zuzustimmen, wenn er „Das Recht auf Aufklärung“ einfordert. Die Opfer der falschen Schlussfolgerungen und Kriegsrechtfertigungen seither, die vielen Toten im Irak, Afghanistan und Pakistan, hätten echte Rechtsstaatlichkeit verdient. Und wir auch, denn die Bürger sind nicht Nutznießer der neo-kolonialen Kriege: Die Verarmten und Verhetzten in Europa, die ebenfalls ein Produkt dieser menschenverachtenden Politik sind, können sich zu einer unkontrollierbaren Größe der Vernichtung auswachsen. Die Erfolge faschistischer Gruppen in ganz Europa sollten ein deutliches Warnzeichen sein.

Weitere Infos:
Seriöse Quellen sind z.B.
www.hintergrund.de
www.ae911truth.org
www.911video.de
www.patriotsquestion911.com
Warnung: Im Internet gibt es auch viel Unsinn zu diesem Thema.

IM BLICKFELD

Der Spiegel vom 14.12.2002:

Mythen: Die September-Lüge

[...]

Die Aktivisten dieser Weltanschauung begreifen die Attentate des 11. September nicht als Anschlag aufs eigene Denken, sondern machen daraus ein Komplott all der machtbesessenen Täuscher, denen sie schon zu Schulzeiten nicht über den Weg trauten. Dabei will es den Zweiflern heute plausibler vorkommen, dass der gesamte Regierungsapparat der USA, das Militär, die staatlichen zivilen Institutionen von Luftüberwachung bis Feuerwehr in einen gemeinschaftlichen Massenmord verstrickt sind, als dass die USA attackiert wurden von einer islamistischen Terroristenbande. Was für manchen Rechten die "Auschwitz-Lüge" ist, könnte für manchen Linken die "September-Lüge" werden. Eine verdrängte Wahrheit, um die Weltanschauung nicht verändern zu müssen.

Die "alternativen Aufklärer" - in Deutschland Bröckers, Bülow und Co., in Frankreich Meyssan und die Seinen, in Amerika die Rupperts und Chossudovskys -, im Fieber des Bestätigungswahns alter Weltbilder behindern sie die Wahrheitsfindung mehr, als dass sie sie beförderten. Sie vergeuden ihre Energie in den Maschen des World Wide Web, statt im konkreten Hier und Jetzt fehlende Fakten auszuforschen. [...]

Es gibt, auch ohne den Glauben an die Weltverschwörung, genug Fragen, genug Stoff, aus dem reale, beunruhigende Geschichten gemacht sind. Aber die irrealen gedeihen besser. Sie wuchern wie Urwald, weil jeder mitreden darf, der einen Computer hat und eine Telefonbuchse. [...]

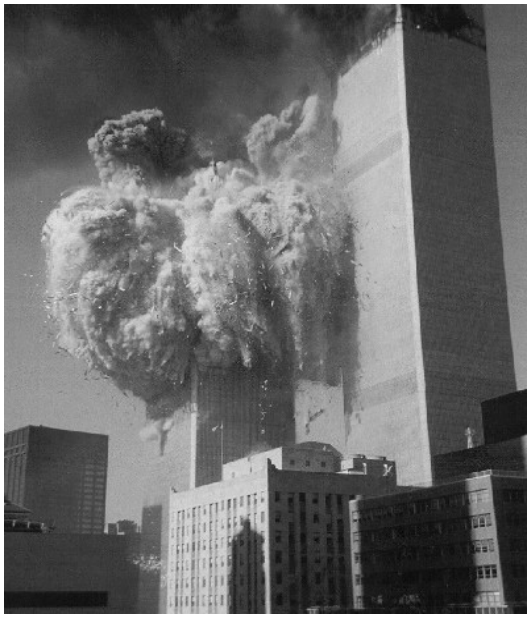
So will sich alles auflösen in Interpretationen, Gerüchte, Hirngespinste. Die Fakten werden zu Splittern in einem Kaleidoskop, das je nach Drehung neue Bilder gaukelt. Aber die Wirklichkeit ist schwerer zu fassen. Sie findet nicht im Internet statt, wo die Weltverschwörung immer nur zwei Mausklicks entfernt liegt. Und wo die Antwort auf alle Fragen Google heißt.

Al Qaida - ein Phantom als Kriegsbegründung

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt, Frankfurt a.M.

Der 11.9.2001 als Kriegserklärung

Am 11.9.2001 erfolgte - so die offizielle Lesart - eine Kriegserklärung von Al Qaida. Tatsächlich hat es aber nie ein Bekennerschreiben zu den Anschlägen vom 11.9.2001, geschweige denn eine Kriegserklärung von Al Qaida gegeben. Stattdessen gab es bereits am selbigen Tag eine Kriegserklärung von George W. Bush in zunächst unauffälliger Form, die angesichts des lähmenden Entsetzens über die Terroranschläge erst im Nachhinein als solche identifiziert werden kann. Bush sagte, man werde nicht unterscheiden zwischen Terroristen selbst und Unterstützern des Terrorismus. Als "Unterstützer des Terrorismus" wurde sehr schnell die Taliban-Regierung Afghanistans identifiziert. Es folgte dann das „bewährte" Strickmuster einer Kriegsvorbereitung durch Dämonisierung des Gegners. Die offizielle Kriegserklärung durch Ausrufung des NATO-"Bündnisfalles" war deshalb eher eine Formsache.



Die Rolle Osama Bin Ladens: Ein Konstrukt

Osama Bin Laden war verantwortlich für mehrere Bomben- und Sprengstoffanschläge in der ersten Hälfte der 90er Jahre, für die er auch die Verantwortung übernahm. Der erste Haftbefehl gegen ihn wurde 1998 von Libyen beantragt. 1999 wurde er auf die FBI-Liste der meistgesuchten Flüchtigen gesetzt und deswegen auch vom FBI steckbrieflich gesucht. Nach dem 11.9.2001 wurde von seiner Seite aus dementiert, dass er mit den Anschlägen vom 11.9. etwas zu tun habe. Dessen ungeachtet erklärte George W. Bush am 17.9.2001, dass Osama Bin Laden der Hauptverdächtige für die Anschläge sei und konnte eine Entschließung des UN-Sicherheitsrates erwirken, nach dem Osama bin Laden „sofort und bedingungslos" an die USA auszuliefern sei. Die Taliban-geführte Regierung Afghanistans lehnte dieses ab, bzw. knüpfte eine Auslieferung an die Bedingung, dass Beweise vorgelegt werden sollten. Eine Auslieferung von Tatverdächtigen an die Vorlage von Beweisen zu knüpfen, entspricht nun durchaus allen internationalen juristischen Gepflogenheiten. Beweise wurden aber bis zum offiziellen Tod von Osama Bin Laden nie vorgelegt. Auf der FBI-Fahndungsliste erfolgte interessanterweise zu keinem Zeitpunkt eine Aktualisierung in Bezug auf den 11.9.

Begründet wurde der Krieg in Afghanistan zunächst mit der Jagd nach Osama Bin Laden. Weder er noch die mysteriösen Kommandozentralen von Al Qaida in den Höhlen von Tor-Bora wurden aber je dort gefunden. Offiziell spielt aber bei der andauernden Besetzung Afghanistans die Präsenz von Al Qaida nach wie vor eine große Rolle: Diese Merkwürdigkeit wurde auch schon früher von bürgerlichen Medien registriert. So schrieb die FAZ am 22.12.2004 unter der Überschrift „Das Phantom", dass auch nach drei Jahren „Jagd" von Osama Bin Laden noch jede Spur fehle und die Glaubwürdigkeit dieser „größten Fahndung aller Zeiten" deshalb zu hinterfragen sei. Es wurde in dem Artikel dann folgende provozierende Frage gestellt: „Mit jeder `Botschaft`, die er an die Welt aussendet, spitzt sich eine Frage zu, die sich an die internationale Anti-Terror-Allianz richtet: ist sie nicht fähig, ihn zu stellen – oder will sie nicht?"

Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse über Art und Zeitpunkt des Todes von Osama Bin Laden, jedoch anhand vorliegender (widersprüchlicher) Berichte, die vor allem von dem englischsprachigen Pakistan Observer (pakobserver.net) dokumentiert wurden, ist ein Tod des zuletzt stark nierenkranken Osama Bin Laden bereits im Jahre 2002 sehr wahrscheinlich. Das heißt: Über fast 10 Jahre hinweg wurde er mit fiktiven Videobotschaften und Internet-Erklärungen künstlich am Leben gehalten. Es spricht auch einiges dafür, dass der medial inszenierte „offizielle" Tod von Osama Bin Laden am 2.Mai 2011 vom Zeitpunkt her bewusst ausgewählt wurde. Wie stark die Gründe hierfür mit Änderungen in der künftigen Afghanistan-Strategie zusammenhängen, ist derzeit sicherlich noch spekulativ. Eine Rolle scheint aber auch gespielt haben, dass der „Anti-Terror-Krieg" mittlerweile ideologisch in der offiziellen Kriegsrhetorik etwas in den Hintergrund getreten ist. In jedem Fall war der offizielle Tod von Osama Bin Laden ein Joker der US-Regierung, der zu einem aus ihrer Sicht passenden Zeitpunkt ins Spiel gebracht wurde.

Der 11.9. als Kriegslüge des 21. Jahrhunderts

Heute nach 10 Jahren steht fest, dass der 11.9. nicht nur als Kriegslüge für Afghanistan diente, sondern auch als Türöffner für die gesamte Bandbreite der kriegerischen Interventionen in den letzten 10 Jahren. Das heißt auch dort, wo der 11.9. offiziell überhaupt nicht als Begründung angegeben wurde. Es sei daran erinnert, dass für den Irak-Krieg zwar offiziell das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen behauptet wurde, jedoch die Zustimmung für diesen Kriege in den USA nur möglich war, weil die Mehrheit der US-Bevölkerung in den Glauben versetzt wurde, Saddam Hussein stecke hinter den Anschlägen des 11.9. Hier wurde der Schrecken der Anschläge des 11.9. gezielt zur Dämonisierung des vorgesehenen Kriegszieles benutzt. Nur deshalb konnte dieser Krieg von der US-Administration trotz der europäischen Friedensbewegung mit Massendemonstrationen im Februar 2003 losgetreten werden.

Was steckt wirklich hinter „Al Qaida“?

Nach dem 1.9.2001 gab es weitere Terroranschläge, die mit Al Qaida in Verbindung gebracht wurden. Dieses waren vor allem die Zuganschläge in Madrid am 11.3.2004 und der Anschlag auf die Londoner U-Bahn am 7.7.2005. Zu nennen ist auch die 2007 in Deutschland verhaftete sog. Sauerland-Gruppe. In allen Fällen gab es Puzzlesteine und nicht verifizierbare Geheimdienstinformationen, die auf Al Qaida weisen sollten. Sicher ist in allen Fällen nur, dass die identifizierten Hauptakteure Verbindungen zu Geheimdienstkreisen hatten. So stand unter anderen auch der dem am 11.9.2001 maßgeblich beteiligte Mohammed Atta jahrelang zumindest unter geheimdienstlicher Beobachtung. Unstrittig ist auch, dass Osama Bin Laden seine „Karriere“ als CIA-Agent im Kampf gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans begann. Unklar ist lediglich, inwieweit sich seine späteren Aktivitäten verselbständigten. Er gilt als Gründer von Al Qaida, wobei bereits dieser Begriff („Die Basis“) als westliche Wortschöpfung anzusehen ist. Im Internet wird in dem Wikipedia-Artikel zu Al Qaida folgendes ausgeführt:

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 bestimmt sie als eine permanente islamistische Bedrohung des Weltgeschehens mit. Erklärtes Ziel der Al Qaida ist die Errichtung eines alle islamischen Länder und Gebiete sowie weitere Territorien umspannenden Gottesstaats für alle Rechtgläubigen.

Doch bereits seit 2004 wurde der offensichtlich fiktive Charakter von Al Qaida auch in den bürgerlichen Medien thematisiert. Neben dem bereits zitierten FAZ-Artikel war es vor allem die britische BBC, die Ende 2004 in einer dreiteiligen Fernsehdokumentation „The Power of Nightmares“ sehr eindeutig formulierte, dass Al Qaida überhaupt nicht existiere, sondern nur ein Phantomfeind darstelle, ein Produkt von Ideologie und psychologischer Propaganda.

In den nunmehr 10 Jahren des Afghanistan-Krieges ist auch eine schleichende Verschiebung der Kriegsgründe zu beobachten.

Gegen wen kämpft die NATO in Afghanistan?

Ging es anfangs eindeutig um Osama Bin Laden, so wird heute Al Qaida nur noch in einem Atemzug mit den „radikal-islamischen Taliban“ genannt. Inwieweit die behaupteten Al Qaida-Terrorcamps zu den Zeiten des Taliban-Regimes bzw. der Aufenthaltszeit von Osama Bin Laden dort wirklich existiert haben, ist fragwürdig. Eine Terrornetz-Kommandozentrale hat es dort – wie bereits ausgeführt – nie gegeben. Bleibt die Frage nach den „radikal-islamischen Taliban“ als Kriegsgrund. Ohne Osama Bin Laden und Al Qaida wird mit diesem Begriff ein modifiziertes Feindbild propagiert - der „Islamismus“ als generelle Bedrohung. Sicher dürfte sein, dass der afghanische Widerstand vor allem aus dem Ringen um nationale Unabhängigkeit gegen fremde Besatzungsmächte und deren militärische Operationen resultiert, die als Terroraktionen wahrgenommen werden. Es dürfte demgegenüber weniger solche Kräfte geben, die eine Rückkehr zum „islamischen Emirat Afghanistan“ anstreben. Der von Afghanologen mittlerweile bemühte Begriff der „Neo-Taliban“ dürfte eher ein ungewolltes Eingeständnis dieser Veränderung sein. Insofern ist das begriffliche Konstrukt der „radikalislamischen Taliban und Al Qaida“ eine Verschiebung der bisherigen Verschwörungstheorie, die an neuere Ideologien anknüpft, wie z.B. die der „schleichenden Islamisierung Europas“ und die „humanitären Interventionen“ zum vorgegebenen Schutz von Menschenrechten.

Jüdisch-bolschewistische Verschwörung als Vorbild

Erinnert werden muss bei den jährlichen Gedenken zum Antikriegstag am 1.September auch daran: Die eigentliche Kriegslüge war nicht der primitiv konstruierte Vorwand zum Überfall auf Polen („polnischer Angriff auf den Radiosender Gleiwitz“), sondern die von den Nazis systematisch propagierte „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“, das heißt die Dämonisierung eines fiktiven Kriegsgegners. Die in den letzten 10 Jahren propagierte Al-Qaida-Weltverschwörung steht dem in nichts nach.

Bei dem 11.9.2001 drängen sich auch Parallelen zum Reichstagsbrand am 27.2.1933 auf. Damals war die Macht der Nazis trotz der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30.1.1933 keineswegs etabliert. Für Anfang März 1933 waren Wahlen zum Reichstag angesetzt und die Verhinderung einer NSDAP-Mehrheit absehbar. Der Reichstagsbrand war deshalb für die Nazi-Propaganda ein Terrorakt als Fanal zu einem anstehenden kommunistischen Umsturzversuch, d.h. es wurde sofort eine Verschwörungstheorie in die Welt gesetzt. Die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ wurde aus der Schublade gezogen und stellte die eigentliche „Machtergreifung“ Hitlers dar.

In einem Punkt gibt es bei diesem historischen Vergleich allerdings einen gravierenden Unterschied: 1933 wurde Georgi Dimitroff als „Drahtzieher“ des Reichstagsbrandes vor ein ordentliches (!) Gericht gestellt. Der Reichstagsbrandprozess, der durch eine noch nicht gleichgeschaltete Justiz geführt wurde, endete für die Nazis mit einem Fiasko. Dimitroff musste freigesprochen werden und die Verschwörungstheorie brach wie ein Kartenhaus in sich zusammen – was leider an dessen Langzeitfolgen bis 1945 nichts mehr ändern konnte. Ganz anders hingegen die juristischen Folgen nach dem 11.9.2001: Al Qaida-Beschuldigte verschwanden in Guantanamo und anderswo, ohne jemals vor ein ordentliches Gericht gestellt worden zu sein. Konsequenterweise wurde Osama Bin Laden als „Drahtzieher“ der Anschläge auf eine Weise offiziell „erledigt“, deren man sich in Nazi-Deutschland häufiger bediente: „... auf der Flucht erschossen“.

Die Verschwörungstheorie um Osama Bin Laden und Al Qaida lebt also weiter, noch so lange, bis endlich eine unabhängige Untersuchungskommission die tatsächlichen Hintergründe und Geschehnisse des 11.9.2001 umfassend aufklärt.

Vom Krieg gegen den Terror zum Kampf für die Demokratie?

von Werner Ruf, emer. Professor für internationale Politik

Die Wende des Jahres 1989/90 stellte den Westen und die NATO vor eine schwere Herausforderung: Die Implosion der Sowjetunion und die Selbstauflösung der Warschauer Vertragsorganisation ließen quasi über Nacht den bedrohlichen Feind im Osten wie auch das Feindbild Kommunismus verschwinden. Wäre die NATO jenes Verteidigungsbündnis gewesen, als das sie sich immer zu legitimieren versuchte, hätte sie umgehend ebenfalls aufgelöst werden müssen. Doch flugs erfand man „neue Risiken", die in der globalisierten Welt den entwickelten Westen bedrohten: Internationale Migration, ökologische Bedrohungen, internationale Kriminalität – und eben den internationalen Terrorismus. Die Verbindung von Gewalt und Religion wurde dann von dem US-amerikanischen ultrakonservativen Politologen Huntingtons in seinem 1993 in Foreign Affairs erschienen Aufsatz „The Clash of Civilizations" zum Grund für die Konflikte des 21. Jahrhunderts hochstilisiert: Von allen „Kulturen" galt der Islam als die aggressivste und bedrohlichste, denn „Der Islam hat blutige Grenzen".

Nach dem Kalten Krieg: Neues Feindbild gesucht

Schon 1994 konnte man im französischen Verteidigungsweißbuch lesen „Der islamistische Extremismus stellt ohne Frage die beunruhigendste Bedrohung dar. (...) Er nimmt oft den Platz ein, den der Kommunismus innehatte als Widerstandsform gegen die westliche Welt." NATO-Generalsekretär Willi Claes stellte in einem Interview mit der britischen Zeitung „The Independent" am 8. Februar 1995 fest, dass der islamische Fundamentalismus möglicherweise eine größere Bedrohung darstellt als dies der Kommunismus war und auch der (damalige) deutsche Inspekteur des Heeres, Helge Hansen, übernahm die kulturrassistischen Vorstellungen Huntingtons und goss sie in einer Rede vor der Gesellschaft für Wehr und Sicherheitspolitik am 15. April 1993 militärisches Deutsch:

„Abschreckung war bisher bestimmt von rationaler abendländischer Logik, wenn auch im Osten ideologisch geprägt. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Wegtreten einer Welt- und Ordnungsmacht ist dies jetzt anders. Ausgangspunkte künftiger Konflikte sind Irrationalität, nicht vorhandenes Risikobewusstsein und nahezu unbegrenzte Risikobereitschaft. Abschreckung in der klassischen Form kann und wird daher schlicht nicht mehr funktionieren, zumindest nicht, um vom Einsatz konventioneller Waffen abzuhalten. (...) Sicherheit bedeutet dann nicht nur die territoriale Integrität und den Schutz vor direkten militärischen Angriffen, sondern beinhaltet – weiter gespannt – den Erhalt unserer Werteordnung und des politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systems."

9/11: Hebel für militärischen „Regime change"

Da kam der 11. September des Jahres 2001 als die ultimative Bestätigung dieser Bedrohungsszenarien durch den globalisierten islamistischen Terrorismus. Der Anschlag lieferte die Hintergrundfolie für den von George W. Bush proklamierten „Krieg gegen den Terror" und für sein großes Projekt zur „Demokratisierung des Nahen Ostens"; So wie die Demokratie über den Kommunismus gesiegt hatte, sollte sie nun Islamismus, Fanatismus und Terrorismus besiegen. Die Politik des militärischen regime change ist jedoch kläglich gescheitert: Die Staatlichkeit des Irak wurde dauerhaft zerstört, das Land in einen failed state gebombt. Machtpolitisch ist das einzige Resultat dieses Krieges, dass sich der Westen im Mittleren Osten einer neuen Regionalmacht gegenübersieht, dem Iran. Der Krieg gegen Afghanistan wird gleichfalls im Chaos eines politisch und ökonomisch ruinierten Landes enden, in dem ethnisch-ökonomische Konflikte und Kriegsherren noch für lange Zeit funktionierende Staatlichkeit verhindern und die Zivilbevölkerung zum Objekt ihrer Räubereien und des Terrors machen werden. Die USA selbst sind nicht mehr in der Lage, unbegrenzt Mittel für Kriege aufzubringen. Dies zeigen der mit den Kosten begründete Ausstieg der USA aus dem derzeit einzigen transatlantischen Rüstungsprojekt MEADS (Medium Extended Air Defense System) ebenso wie die zwar eher symbolischen Kürzungen des Militärhaushalts im Zusammenhang mit der jüngsten Finanzkrise der USA.

„Regime change light" mit „mehr Demokratie"

Da kamen die von niemandem erwarteten Revolten in Tunesien und Ägypten, die die Jahrzehnte lang herrschenden kleptokratischen Diktatoren beseitigten und den Beweis dafür erbrachten, dass die arabischen Völker – ganz im Gegensatz zu Huntingtons kulturrassistischen Thesen – sehr wohl demokratiefähig, ja demokratiedürstig sind. Noch überraschender aber als der Aufstand der arabischen Völker war das Verhalten des Westens, der plötzlich seine Stellvertreter-Diktatoren wie heiße Kartoffeln fallen ließ, obwohl sich diese doch an der Vorfront des „Kampfes der Kulturen" als nützliche Helfer profiliert hatten, indem sie mit Folter und Mord nicht nur Islamisten sondern auch jede demokratische Regung bekämpft hatten. Die Unterstützung für „mehr Demokratie" erweist sich bei näherem Hinsehen durchaus als Kontinuität US-amerikanischer Politik, allerdings in Form eines regime change light. Dieser eröffnet die Möglichkeit, den Druck zu mindern, den niederzuhalten die Diktaturen nicht mehr in der Lage waren. Das „Mehr an Demokratie" impliziert Meinungs- und Pressefreiheit, politischen Pluralismus, also ein westlichen Normen entsprechendes politisches System. Auch die Einführung von mehr Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sondern auch des internationalen Kapitals, da Korruption und die Unberechenbarkeit von Entscheidungen in kleptokratischen Systemen oft höchst unrentable Kosten verursachen. So betrachtet handelt es sich nicht um eine Wende der US-

Außenpolitik gegenüber der Region sondern um eine Kurskorrektur, die zwar Kosten sparend ist, aber doch Unwägbarkeiten enthält: Finden die Länder zu wirklicher Demokratie, so können die Entscheidungen ihrer Regierungen durchaus den wirtschaftlichen, politischen und geostrategischen Interessen des Westens und seiner Vormacht zuwiderlaufen.

Wie begrenzt jedoch die Politik des „regime change light“ wirklich ist, zeigte der Verlauf des Krieges in Libyen: Zwar verhielten sich die USA bis zum Tage vor der Verabschiedung der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats gegenüber einer Intervention in Libyen eher zurückhaltend und insbesondere Verteidigungsminister Gates warnte mehrfach nachdrücklich vor einem Waffengang. Nachdem schließlich doch die völkerrechtlich problematische Resolution 1973 zustande gekommen war, übernahm zwar die NATO die bewaffnete Einmischung an Seiten einer der Bürgerkriegsparteien, jedoch hielten sich die USA militärisch zurück und überließen die Bombardements vorwiegend Großbritannien und Frankreich, auch trat die NATO nicht geschlossen auf. All dies kann verstanden werden als Anzeichen für eine Neustrukturierung des Internationalen Systems einhergehend mit einem Niedergang der USA.

Militärische „Stabilität“ in Bahrein und Jemen

Der Einsatz bewaffneter Gewalt in Libyen hat die Anwendung von Gewalt auch anderswo neu legitimiert: Im Schatten des Krieges in Libyen konnten Saudi-Arabien und die Staaten des Golf-Kooperationsrats kaum beachtet von der medialen Öffentlichkeit in Bahrein einmarschieren und mit brutalem militärischen Einsatz die friedlichen Proteste der Bevölkerungsmehrheit gegen das autoritäre Herrscherhaus niederschlagen. Für die Despoten auf der arabischen Halbinsel war dies auch ein Akt präventiver Verteidigung: Eine Demokratisierung dieses kleinen Landes hätte die autoritären Regime der gesamten Region infrage gestellt. Und was den Saudis als Ordnungsmacht auf der Arabischen Halbinsel recht war, musste dem Regime von Bachir el Asad in Syrien billig sein. Wo massive Interessen im Spiele sind und wo Instabilität zu nicht mehr beherrschbaren Perspektiven führen kann, kehrt man zu den bewährten Konzepten zurück. Das Interesse an „Stabilität“ scheint auch die Politik gegenüber dem Jemen zu bestimmen, wo abermals Saudi-Arabien den Erhalt der herrschenden Verhältnisse unkalkulierbaren Entwicklungen vorzieht und die „internationale Gemeinschaft“ auf ihre altbewährten Mittel zurückgreift.

Verschwunden aber sind Huntingtons Paradigma und der anti-islamische Diskurs: Die Mär von der Demokratie-Unfähigkeit der arabischen Völker ist unwiederbringlich dahin, die Reduktion der arabischen (und islamischen) Welt auf das einzige Kriterium der Religion und deren Dämonisierung als bedrohliche Gegenwelt des Westens ist zerplatzt wie eine Seifenblase. Es ist an der Zeit, dass die Broders, Giordanos und Sarrazins spätestens nach dem Massenmord in Norwegen begreifen, dass die Beschwörung des Feindbilds Islam auch für den innenpolitischen Diskurs nicht mehr taugt.

IM BLICKFELD

Kriegskosten und Haushaltsloch

Der "Krieg gegen den Terror" mit seinen sicherheits--und geopolitischen Auswirkungen und insbesondere die Kriege in Afghanistan und im Irak sind Reaktionen auf die Anschläge auf die Twin-Towers im September 2001. Das Wort "patriotisch" wurde nicht nur im Amerika der Bush-Präsidentschaft neu aufgeladen. Seit der Finanzkrise 2008, die ebenfalls im Zusammenhang mit der Regierung Bush und deren Antwort auf 9/11 steht, hat sich der politische Schwerpunkt verlagert: Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und Haushaltspolitik haben eine andere Aufmerksamkeit bekommen, der Blick ist wieder deutlicher auf die Zustände im eigenen Land gerichtet. Entsprechend werden auch die Kriegskosten mit einem anderen Blick wahrgenommen. [...]

Laut Kongressangaben und Aussagen des US-Präsidenten liegen die Gesamtkosten für Afghanistan und Irak bis einschließlich 2011 bei etwa 1,3 Billionen Dollar. Im selben Zeitraum verfügte das Pentagon laut McClatchy über ein Basis-Budget von 5,2 Billionen, aus diesem Topf floßen auch Gelder für die Einsätze in den beiden Ländern. Doch sei die Buchführung des Verteidigungsministeriums so komplex und häufig uneindeutig, dass eine genaue Kostenermittlung nicht durchzuführen sei.

Eine um Details und Vollständigkeit bemühte Untersuchung der Kriegskosten, durchgeführt an der Elite-Hochschule Brown University, kommt auf Gesamtkosten zwischen 3,7 und 4,4 Billionen Dollar.

Offenbar war es den Journalisten von McClatchy jedoch möglich, die derzeitigen monatlichen Durchschnittskosten des Verteidigungsministeriums für die Einsätze zu ermitteln. Ende April waren es insgesamt 9,7 Milliarden; ungefähr zwei Drittel dieses Geldes wurde für den Einsatz in Afghanistan bezahlt. [...]

Von Oktober letzten Jahres bis Mai 2011 habe man allein 1,5 Milliarden Dollar für Treibstoff (Fahrzeuge, Flugzeuge, Generatoren) ausgegeben und die Kosten für Klimaanlagen (Transport, Verbrauch, Reparatur etc.) liegen bei 20 Milliarden jährlich. [...]

Für 2011 errechnen sich Kosten in Höhe von jährlich 694.000 Dollar pro Soldat bzw. "service member" im Afghanistaneinsatz. Im Irak fällt diese Rechnung etwas höher aus: 802.000 Dollar. Der Truppenabzug, der für beide Länder vorgesehen ist, hat keine unmittelbar deutlich spürbare Kostensenkung zur Folge, da die Erhaltung der US-Militär-Infrastruktur in beiden Ländern sehr teuer kommt.

In diesem Budgetjahr hat der Kongress 113 Milliarden Dollar für Afghanistan und 46 Milliarden für Irak bewilligt. Für 2012 will das Pentagon weniger 107 Milliarden für Afghanistan und 11 Milliarden für Irak.

Quelle: Telepolis.de (Thomas Pany), 17.08.2011

Nach 9/11: Mit Anti-Terror-Gesetzen gegen das Grundgesetz

Gastbeitrag von Uli Breuer, Mitglied im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, Frankfurt a.M.

Antiterrorgesetze, Vorratsdatenspeicherung und jetzt ein nationales Cyber-Abwehrzentrum: Deutschland rüstet sich gegen die Bedrohung des internationalen Terrorismus. Der Staat verlangt nach immer mehr Daten über seine Bürger. Zwar steht das größte Sammelprojekt ELENA jetzt vor dem Aus, Grundrechte wie der Schutz der Privatsphäre und die informationelle Selbstbestimmung der Bürger sind aber weiterhin bedroht.

Dabei sind sich Experten einig: Die staatliche Überwachung eignet sich nicht zur Früherkennung oder Aufklärung terroristischer Anschläge. Dennoch setzen sich die Vertreter von Law & Order in Europa durch und installieren ein eng gewobenes Netz von Systemen zum Ausspähen unserer Bewegungs- und Kommunikationsgewohnheiten.

Welche Überwachungssysteme sind in Deutschland bereits im Einsatz und welche werden folgen? Und wenn sie nicht zur Terrorbekämpfung taugen, welchen Zweck erfüllen sie dann?

Vorratsdatenspeicherung

Unter der Vorratsdatenspeicherung versteht man die gesetzliche Verpflichtung der Anbieter von Telekommunikationsdiensten zur anlasslosen Speicherung von Namen, Anschriften, und Rufnummern; hinzu kommen IP-Adressen, Telefonate, Kurzmitteilungen, Emails und Internetverbindungen aller Bürger für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten. Die Daten sollen Ermittlungsbehörden zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten zur Verfügung stehen.

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags kommt 2011 zu dem Schluss: Innerhalb der EU gibt es keine Anhaltspunkte, dass die Vorratsdatenspeicherung den Ermittlern bei ihrer Arbeit helfe. Für den Zeitraum von 2005 bis 2010 konnte in der EU kein signifikanter Anstieg der Aufklärungsquoten festgestellt werden.

Die bundesdeutsche Vorratsdatenspeicherung orientierte sich einer am 14.12.2005 verabschiedeten EU-Richtlinie. Das Bundesverfassungsgericht erklärte das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung am 2.3.2010 für verfassungswidrig, da es gegen den Artikel 10 des Grundgesetzes verstößt. Die anlasslose Speicherung von Kommunikationsdaten ist in Deutschland seit diesem Urteil verboten.

Derzeit dürfen Telekommunikationsanbieter nur die zur Abrechnung erforderlichen Verbindungsdaten speichern. Daten zum Standort, Email-Verkehr und zur Internetkennung gehören nicht dazu.

Die Vorratsdatenspeicherung ist in Deutschland nur eines von vielen Instrumenten zur umfassenden Beobachtung und Bespitzelung unverdächtiger Bürger. Seit 2001 wurden regelmäßig und konsequent Rechtsgrundlagen geschaffen, Behörden eingerichtet und Methoden installiert, mit denen der Staat seine Bürgern überwacht, ohne die Verhältnismäßigkeit der Mittel und die tatsächliche Eignung der gewählten Maßnahmen zu berücksichtigen.

Die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung steht momentan in der Überprüfung, gilt jedoch weiterhin. CDU und CSU beabsichtigen, so bald wie möglich ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung zu beschließen und führen entsprechende Verhandlungen mit der FDP.

Anti-Terror-Gesetze

Aus Anlass der Anschläge vom 11.9.2001 traten in Deutschland seit 2002 mehrere Anti-Terror-Gesetze mit weitreichender Wirkung in Kraft. Die Gesetze bauen die Befugnisse vieler Sicherheitsbehörden aus, zum Beispiel hat das Bundeskriminalamt das Recht, ausländische Terrororganisationen zu verfolgen. Sie berechtigen den Verfassungsschutz zur Beobachtung von Aktivitäten, die sich gegen Völkerverständigung und friedliches Zusammenleben richten. Die Gesetze regeln den Einsatz von Abhörmethoden auch in privaten Wohnungen und den Einsatz von biometrischen Verfahren bei der Computergestützten Identifizierung von Personen. Die Sicherheitsprüfungen im Luftverkehr (PNR) wurden verschärft. Außerdem erlauben die Gesetze der Polizei und den Geheimdiensten die Nutzung einer gemeinsamen Antiterrordatei.

Unter der „Anti-Terrordatei“ versteht man eine gemeinsame Datenbank von 38 deutschen Ermittlungsbehörden, die gemäß dem Trennungsgebot von Geheimdiensten und Polizei in Deutschland teils nicht zusammenarbeiten dürfen. Eingeführt wurde die Datei nach einem Bundestagsbeschluss vom 1.12.2006 mit den Stimmen von Union und SPD. Zu den beteiligten Ermittlungsbehörden zählen die Staatsanwaltschaft, das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, das Bundesamt für Verfassungsschutz, der militärische Abschirmdienst, das Zollkriminalamt, der Bundesnachrichtendienst, die 16 Landeskriminalämter und Landesbehörden für Verfassungsschutz. Die Hardware für das Datenbanksystem ist beim Bundeskriminalamt installiert. Der Zugriff auf die gesammelten Daten erfolgt im Regelfall auf Anfrage; in dringenden Fällen ist auch ein Sofortzugriff möglich. Behörden wie zum Beispiel das BKA und der BND liefern die Daten zwar getrennt, können sie jedoch gemeinsam abrufen. So wird das Verbot der Zusammenarbeit beider Behörden umgangen.

Nationales Cyber-Abwehrzentrum (NCAZ)

Seit Februar 2011 hat das Nationale Cyber-Abwehrzentrum in Bonn unter der Leitung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) seinen Dienst aufgenommen. bei der offiziellen Einweihung des Zentrums am 16. Juni 2011, hatte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich die Vertreter von folgenden Behörden unter dem neuen Dach vorgestellt: Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK), Verfassungsschutzes (BfV), Bundeskriminalamts (BKA), Zollkriminalamts (ZKA), Bundespolizei (BPOL), Bundesnachrichtendienstes (BND) und der Bundeswehr. Die Schaffung des NCAZ ist ein weiterer Verstoß gegen die Trennung von Polizei und Geheimdiensten.

Nach Angaben von Friedrich hat die neue Behörde die Aufgabe „Gemeinsames Wissen (zu) bündeln und den Behörden und der Wirtschaft zur Verfügung (zu) stellen“. Die Befugnisse des NCAZ sind noch ungeklärt. Innenminister Friedrich äußerte sich hierzu in seiner Eröffnungsansprache: „Wir werden aber in aller Ruhe analysieren, ob wir zusätzliche Befugnisse brauchen“.

Weitgehend unbekannt ist die Funkzellenabfrage. Darunter versteht man eine heimliche Ermittlungsmethode, bei der Behörden die Kommunikationsdaten sämtlicher Personen abfragen, die mit Mobiltelefonen und anderen Endgeräten zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Funkzelle angemeldet waren. Nach einer Studie des Max-Planck-Institut aus dem Jahre 2008 wurden alleine im Jahr 2005 in Deutschland knapp 6.000 Funkzellenabfragen getätigt.

Auf dem Weg zum Überwachungsstaat

Durch die ausdrückliche Betonung einer terroristischen Gefahr, legitimieren Regierungen für sich, Überwachungs- und Kontrollinstrumente zu installieren. Ohne dieses beschworene Bedrohungspotenzial, würden die Regierungen an dem Widerstand der Bevölkerung gegen die Einschränkung ihrer Freiheit scheitern. Die irrationale Angst der Menschen vor Anschlägen werden genutzt, um parlamentarische und mediale Mehrheiten für die Anti-Terror-Maßnahmen zu gewinnen.

Es stellt sich die Frage, warum Politiker von Union und SPD sich so vehement für die Aufrechterhaltung und Verschärfung dieser Maßnahmen einsetzen, obwohl sie nachweislich weder der Prävention noch der Aufklärung terroristischer Straftaten dienen. Die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung und die Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze sind immerhin mit sehr hohen Kosten verbunden und bergen das Risiko von Stimmenverlusten. Allerdings herrscht innerhalb der EU und der globalen westlichen Bündnisse Einigkeit darüber, der Terrorgefahr mit Instrumenten der systematischen Bespitzelung zu begegnen.

Die staatlichen Maßnahmen zur Terrorabwehr erfüllen vor allem einen Zweck: Sie erzeugen in der gesamten Gesellschaft eine Atmosphäre der Überwachung und der Kontrolle. Wer sich kontrolliert fühlt, der übt Zurückhaltung bei öffentlichen Äußerungen. Der Bürger bemerkt zunehmend, dass sein Kommunikationsverhalten protokolliert wird; er weiß, dass „mitgehört“ werden kann.

Offene Bürgergesellschaft steht auf dem Spiel

Eine unbefangene zwischenmenschliche Kommunikation bildet die zwingende Voraussetzung für eine offene, demokratische Gesellschaft, in der die Bürger in einer angstfreien Atmosphäre nicht befürchten müssen, für ihre offene Meinungsäußerung verfolgt oder schlimmstenfalls bestraft zu werden. Dies kann, wie jüngst in dem EU-Mitgliedsland Ungarn geschehen, sogar zum Verlust der Pressefreiheit führen.

Der Preis für die staatlichen Maßnahmen gegen den Terrorismus ist also der Verlust der offenen Bürgergesellschaft. Vor dem Hintergrund der belegten Wirkungslosigkeit von Kontrolle und Überwachung auf die angebliche Gefahr durch den Terrorismus, stellt sich insofern die Frage, ob nicht genau diese Entdemokratisierung der Gesellschaft und die zunehmende Reglementierung ihrer Bürger in der Absicht der Befürworter von Law & Order liegt.

Wer einem Staat mit kriminellen und zerstörerischen Terrorakten ernsthaften Schaden zufügen will, der wird sich durch die bisher eingeführten Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen nicht davon abhalten lassen. Die technischen Möglichkeiten, sich den Kontroll- und Überwachungssystemen zu entziehen, wachsen in derselben Geschwindigkeit, wie diese entwickelt werden. Es ist naiv davon auszugehen, dass organisierte Terrorvereinigungen sich mit registrierten Mobiltelefonen und nachvollziehbaren Internetverbindungen zu Anschlägen verabreden werden.

Widerstand gegen die Grundgesetz-Aushöhlung

Unser Grundgesetz und vor allem die Festschreibung unserer Grund- und Persönlichkeitsrechte basiert auf den Erfahrungen der NS-Zeit. Die Übermacht staatlicher Kontrolle, die Überwachung der Menschen durch einen verbrecherischen Staat und die unkontrollierte Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei mit Regierungsstellen und Behörden waren im Dritten Reich die Voraussetzung für Staatsterror, Krieg und Völkermord. Zudem äußern sich deutsche Politiker regelmäßig mit Abscheu über den Stasi-Überwachungsstaat in der DDR, haben jedoch unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung ein neues Überwachungssystem eingerichtet.

Was jetzt auf deutscher und europäischer Ebene an verfassungswidrigen gesetzlichen Fakten geschaffen wird, kann nur schwer wieder rückgängig gemacht werden. Die Aushöhlung der Grund- und Persönlichkeitsrechte und die systematische Umgehung des Grundgesetzes, muss unter allen Umständen verhindert werden.

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ruft jährlich zu einer Demonstration unter dem Motto: „Freiheit statt Angst“ auf. Dieses Jahr findet die Demonstration am 10.09.2011 in Berlin statt.

Mehr Infos:
http://blog.freiheitstattangst.de/
www.vorratsdatenspeicherung.de

„Aktionsherbst Afghanistan“ der Friedensbewegung

von Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag, Kassel

Die Sterne stehen scheinbar nicht günstig für große und markante Aktionen der außerparlamentarischen Bewegungen. Noch im Frühjahr konnte man hoffen, dass sich das laue Lüftchen des Protestes in einen starken Wind oder sogar Orkan verwandeln würde – und mit den massenhaften Aktionen der Antiatom-Bewegung ist das vorübergehend tatsächlich so gewesen. Die Friedensbewegung profitierte davon bei den diesjährigen Ostermärschen: Gegen Atomwaffen und gegen die „zivile“ Nutzung der Kernenergie auf die Straße zu gehen, lag schließlich auch ohne die Katastrophe von Fukushima auf der Hand, zumal Friedens- und Anti-Atom-Bewegung gemeinsame Aktionen zum 25. Jahrestag des Atomunfalls von Tschernobyl verabredet hatten. Die Wellenbewegung zivilgesellschaftlichen Engagements hat beide Bewegungen wieder auf das normale Maß zurück gebracht. Von anderen Bewegungen, etwa den sozialen Bewegungen einschließlich der Gewerkschaften, wollen wir an dieser Stelle gar nicht reden, weil der himmelschreiende Widerspruch zwischen den unsozialen Auswirkungen der Finanz-, Schulden- und Haushaltskrise und dem fehlenden öffentlichen Aufschrei dagegen schon länger schmerzhaft zu spüren ist.

Nun macht sich die Friedensbewegung daran, mit dem Thema Afghanistan wieder in die Offensive zu kommen. Gute Gründe gibt es hierfür haufenweise.

Zehn Jahre „Krieg gegen den Terror“

Am 7. Oktober 2011 jährt sich zum zehnten Mal der Beginn des US-Kriegs gegen Afghanistan, dem sich die Bundesrepublik Deutschland im November 2001 angeschlossen hatte. In einer denkwürdigen Entscheidung des Deutschen Bundestags wurde Deutschlands Beitritt zum US-geführten „Krieg gegen den Terror“ in Gestalt der „Operation Enduring Freedom“ beschlossen. Der damalige Kanzler Schröder verband die Kriegsfrage mit der Vertrauensfrage und erpresste bei den Kriegsgegnern in den Reihen der Grünen das JA zu einem Einsatz, dem sie sonst nicht zugestimmt hätten. Im Dezember desselben Jahres wurde auf der Konferenz in Petersberg bei Bonn eine provisorische Regierung für Afghanistan eingesetzt; wenige Tage später beschloss der UN-Sicherheitsrat den ISAF-Einsatz zur „Stabilisierung“ des Karsai-Regimes (Resolution 1386). Der angebliche „Krieg gegen den Terror“ hatte sich bald zu einem umfassenden Krieg um die Kontrolle über das zentralasiatische Land entwickelt – mit zunehmender Gewalt und einer wachsenden Zahl ziviler Opfer.

„Petersberg 2“: Ergebnis vorhersehbar

Im Dezember 2011 wird ein Gipfeltreffen der NATO-Kriegsallianz und anderer Staaten in Bonn stattfinden („Petersberg 2“), um über die Zukunft Afghanistans zu beraten. Man braucht wenig Phantasie um vorherzusagen, was dort herauskommen wird. Sie sagen: Der Krieg soll so lange weiter geführt werden, bis die Afghanen für ihre eigene „Sicherheit“ sorgen können. In Wahrheit wird der Krieg weiter geführt, bis die führenden Staaten des Westens das strategisch so bedeutsame zentralasiatische Land vollständig unter ihre Kontrolle gebracht haben. Auch nach dem seit Monaten von der Kriegsallianz in die Welt gesetzten magischen „Abzugs“-Termin 2014 werden die Großmächte dort bleiben – mindestens mit Sonderrechten für Ausbildungssoldaten oder mit Militärstützpunkten. So wollen die USA bis zum Petersberg-2-Gipfel mit dem afghanischen Präsidenten Karzai einen Vertrag unterschriftsreif ausgehandelt haben, wonach sich die westliche Führungsmacht eine Reihe wichtiger Stützpunkte im Land sichern will. Diese Stützpunkte würden, wie die Süddeutsche Zeitung unlängst schrieb, „Washingtons Einfluss im energiereichen Zentralasien aber vor allem in Afghanistans Nachbarländern Iran und Pakistan stärken“ (SZ,20./21.08.11). Dazu seien drei bis fünf Stützpunkte vonnöten: Bagram, das derzeitige US-Hauptquartier, 75 km nordöstlich von Kabul, Kandahar im strategisch wichtigen Süden und Masar-i-Scharif im Norden des Landes. Auf der Wunschliste der Militärs stehen auch Shindand im Westen (35 km von der iranischen Grenze entfernt) sowie ein knappes Dutzend kleinerer Stützpunkte im schwer zugänglichen bergigen Osten Afghanistans, darunter vor allem der Standort Dschalalabad – eine Art Sprungbrett für Operationen Richtung Pakistan.

Andere Nationen, die sich heute am Krieg beteiligen, werden sich ebenfalls schadlos zu halten versuchen. Neben Militärstützpunkten gibt es jede Menge Konzessionen für Pipelines oder Schürfrechte (z.B. Kupfer) zu ergattern. Es geht letztlich um die Kontrolle über die an Bodenschätzen, Öl und Erdgas reiche und strategisch so wichtige zentralasiatische Region. Wer in der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts eine dominante Rolle spielen möchte, muss, einem Diktum Zbigniew Brzezinskis zufolge, das „eurasische Schachbrett“ beherrschen und dazu ist Afghanistan ein Schlüsselfeld.

Petersberg 2 wird diese strategischen Ziele natürlich nicht diskutieren; vielmehr wird noch einmal die „Abzugsperspektive“ 2014 bekräftigt und mit der Ankündigung garniert werden, parallel dazu den zivilen Aufbau des Landes zu verstärken. Aber: Wer Krieg führt, kann nicht gleichzeitig die Folgen des Krieges beseitigen. Solange über Afghanistan Bomben abgeworfen und Raketen und Marschflugkörper eingesetzt werden, kann das Land nicht aufgebaut werden, können weder freie Wahlen durchgeführt noch sozialer Fortschritt oder Menschenrechte verwirklicht werden.

Daher formuliert der Bundesausschuss Friedensratschlag in seinem Aufruf zum Aktionsherbst 2011: „Die Menschen in Afghanistan brauchen einen sofortigen Waffenstillstand sowie den unverzüglichen und bedingungslosen Abzug der fremden Truppen. Tod und Zerstörung würden gestoppt, Res-

sourcen der Kriegskoalition könnten für den Wiederaufbau des Landes eingesetzt werden. Damit würden wichtige Voraussetzungen für Frieden und Entwicklung geschaffen."

Solche Ziele sind erst in einem politischen Prozess zu erreichen, der zunächst an der Mobilisierung der Öffentlichkeit ansetzen muss. Hierzu gibt es in den vor uns liegenden Wochen und Monaten ein paar Voraussetzungen, die es zu nutzen gilt:

Unterschriftensammlung geht weiter

Für den gemeinsamen Appell der Friedensbewegung „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen" sollen in den nächsten Wochen und Monaten verstärkt Unterschriften gesammelt werden. Zum zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns soll die Gesamtzahl der bis dahin gesammelten Unterschriften mitgeteilt werden.

Der 1. September (Antikriegstag) und der 4. September (zweiter Jahrestag des Kundus-Massakers) werden im ganzen Land genutzt, um auf den Wahnsinn des Krieges, auf Kriegsverbrechen und die Unmöglichkeit „humanitärer" Kriegseinsätze – nicht nur in Afghanistan – hinzuweisen.

Am 7. Oktober sollen auf einer Veranstaltung in Berlin (Motto: „Bilanz und Anklage") zehn Jahre Krieg bilanziert und die Verantwortlichen und Täter beim Namen genannt werden.

Am 7./8. Oktober wird es in Berlin und vielen anderen Städten Protest-Aktionen, Mahnwachen, Demonstrationen u.ä. gegen den Afghanistankrieg geben.

Vom 6 bis 16. November findet die Ökumenische Friedensdekade unter dem vieldeutig-eindeutigen Motto „Gier Macht Krieg" statt. Auch sie wird dem Thema Afghanistan einigen Raum geben.

Der Friedenspolitische Ratschlag in Kassel, der traditionell jeweils am ersten Dezemberwochenende stattfindet, wird dieses Jahr eine Woche vorher, am 26. und 27. November durchgeführt. Bilanz und Perspektiven des Afghanistankrieges werden einen Schwerpunkt des Ratschlags bilden.

Aus Anlass des oben erwähnten Gipfels wird die Friedensbewegung vom 3. bis 5. Dezember in Bonn ebenfalls präsent sein und gegen die Kriegskonferenz der NATO protestieren (u.a. bundesweite Demo und Gegengipfel).

Nun wissen wir alle, dass die reine Aufzählung dieser Vorhaben noch keine „Bewegung" macht. Die Friedensbewegung muss in ihrem „Aktionsherbst Afghanistan" vielfältige Aktivitäten mit verschiedenen Gruppen und Organisationen durchführen: lokal, regional und bundesweit. Durch Argumente sollen viele Menschen dazu veranlasst werden, sich kritisch mit der offiziellen Militär-und Außenpolitik auseinanderzusetzen, den Appell zu unterschreiben und als Multiplikatoren die Kriegsgegnerschaft in andere Organisationen, Parteien und Gewerkschaften, in Schulen und Hochschulen zu tragen. Nur so kann der Gewöhnung an Krieg und Gewalt entgegengewirkt werden und kann mittelfristig die Meinungsmehrheit gegen den Afghanistankrieg, aber auch gegen andere Kriegseinsätze bestärkt und ausgeweitet werden. Nur so kann schließlich auch der politische Druck auf die Regierenden zur Beendigung des Kriegs wirksam werden.

Wie notwendig das ist, zeigt das Beispiel Libyen: Dieser Krieg, trotz UN-Resolution 1973 (2011) von Anfang an völkerrechtswidrig, konnte weitgehend unbehelligt von öffentlichen Protesten über die Bühne gehen. Die NATO hat mit ihm demonstriert, dass sie bereit ist, ökonomische, geostrategische und Rohstoffinteressen notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Wenn das Schule macht, werden weitere Kriegsanlässe und –einsätze folgen.

Protestbündnis gegen Petersberg II

Die Antikriegs-und Friedensbewegung ruft zu gemeinsamen und vielfältigen Aktivitäten in Bonn auf. Unter dem Motto "Sie reden von Frieden, Sie führen Krieg - Truppen raus aus Afghanistan!" werden am 3. und am 4. Dezember 2011 eine bundesweite Demonstration sowie eine internationale Konferenz stattfinden. Diese sollen ein kraftvolles Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik des Krieges setzen.

Des Weiteren sind Aktionen des Zivilen Ungehorsams für den 5. Dezember geplant, dem Tag der internationalen Afghanistan Regierungskonferenz.Stellt euch quer und beteiligt Euch auch an den Aktionen um den Krieg zu beenden!

Seid dabei und unterzeichnet den Aufruf!

Seid dabei und kommt nach Bonn im Dezember!

Der komplette Aufruftext sowie ab Anfang September eine Gesamtveröffentlichung aller UnterzeichnerInnen findet sich auf ***www.afghanistanprotest.de***

Rückschau: 9/11 – Rätsel, Widersprüche, Lügen

Mathias Bröckers, Christian C. Walther: "11.9. - zehn Jahre danach: Der Einsturz eines Lügengebäudes"
320 Seiten, € 16,99 ISBN-10: 3938060484, Westend Verlag.

Der zehnte Jahrestag der Anschläge vom 11.9. steht vor der Tür. Die Taten sind aufgeklärt, der Haupttäter Osama Bin Laden ist tot. Die Akte 9/11 wird von den USA pünktlich zugeklappt. "Nichts stimmt in dieser Akte, so kann es nicht gewesen sein", das behauptet Mathias Bröckers, Autor des Buchs "11.9. - zehn Jahre danach".

Kein Staatsanwalt würde nach dem sogenannten "Commission Report", dem offiziellen Bericht zur Klärung der Anschläge, ein Verfahren eröffnen, so Bröckers. Lückenhaft, unlogisch sei der Bericht, viele Aussagen seien durch den Einsatz der Folter "Waterboarding" entstanden. Er hat den "Commission Report" auf seine Glaubwürdigkeit abgeklopft und kommt zu dem Ergebnis, dass auch zehn Jahre nach den Attentaten, nicht geklärt ist, was damals tatsächlich geschah.

ttt hat mit dem Autor und mit Witwen der New Yorker Feuerwehrmänner gesprochen, die allesamt bestätigen: Die Regierung der USA verschweigt bis heute, wie und wer die Anschläge vom 11.9. geplant und ausgeführt hat.

Wenigstens ein Trost war uns bislang gewiss: Die Alleinschuldigen für das Jahrhundertverbrechen des 11. September schienen schnell ausgemacht - Osama Bin Laden und die von ihm ferngesteuerten Highjacker. Der Krieg gegen den islamistischen Terror konnte beginnen. Die Begleitumstände des Frevels hat eine von der US-Regierung eingesetzte Kommission eingehend untersucht.

Doch ein streitbarer Publizist aus Deutschland stellt nun unangenehme Fragen. Matthias Bröckers hat Zweifel an der offiziellen Version des Tathergangs: "Ich behaupte, jeder Mensch, der sine ira et studio sich eine Stunde mit diesen Dingen beschäftigt, kann nur dasselbe feststellen. Dass die Geschichte von vorn bis hinten nicht stimmen kann."

Wie kommt Bröckers auf so eine kühne Idee? Er hinterfragt und zerpflückt Dutzende der vorgelegten Beweise. Ihm kommt vieles seltsam vor. Der Flug in den Nordturm wurde - so heißt es - von Mohammed Atta gesteuert. Der Ägypter, der vor dem Anschlag in einer Hamburger Terrorzelle lebte, habe allzu auffälliges Indizienmaterial hinterlassen.

"Nach zwei Tagen wurden dann die definitiven Beweisstücke in Boston am Flughafen entdeckt", sagt Bröckers. "Zwei Koffer oder Taschen von Mohammed Atta, die versehentlich als einziges Gepäckstück dieses ganzen Fluges nicht mit an Bord gekommen waren. Und in diesen Taschen finden sich dann abenteuerliche Materialien, wie zum Beispiel sein Testament, wo man sich fragt, ja, wenn er das wirklich als Testament verstanden hat, warum nimmt er es dann mit in das Flugzeug, in dem er dann verbrennt. Das ist völlig grotesk und absurd. Und von daher musste man von Anfang an Zweifel an der Sache hegen, dass diese Beweise wirklich echte Beweise sind. Sie haben den Anschein, dass es gelegte Beweise sind. Also Fundstücke, die gefunden werden sollten."

Und Bröckers fragt weiter:? Wieso ist hier am 11. September noch ein dritter Tower eingestürzt? Wieso konnten die Terroristen ungestört nach Amerika einreisen?

Sein neues Buch stellt keine verwegenen Theorien auf, sondern verweist auf viele Ungereimtheiten. Wieso blieb Präsident Bush, soeben von den Anschlägen informiert, seelenruhig sitzen bei den Schulkindern in Sarasota? Wieso kollabierten an diesem schwarzen Tag nicht nur Türme, sondern auch noch die Landesverteidigung einer Weltmacht? Warum vor allem wurden zentrale Zeugen niemals von unabhängigen Ermittlern vernommen?

Mathias Bröckers: "Wir haben zum Beispiel den Kronzeugen von der Täterschaft von Bin Laden, das ist Khalid Scheich Mohammed. Er ist angeblich in Guantanamo und in anderen Gefängnissen verhört worden – verhört in Anführungszeichen: Man hat ihn insgesamt 183 mal mit Waterboarding gefoltert und dann am Ende angeblich die Geständnisse von ihm so bekommen, wie man sie wollte. Die 9/11 Kommission, die die Vorfälle untersuchen wollte, hat dann verlangt: 'Wir würden mit dem Mann mal sprechen, er ist ja schließlich der Kronzeuge'. Das wurde ihm verwehrt, aus Gründen der nationalen Sicherheit. Dann haben die gesagt: 'Dann würden wir gerne die sprechen, die ihn verhört haben'. Die Beamte und Militärangehörigen und auch die durften nicht aussagen."

Bröckers beleuchtet auch die finanzielle Seite: In anderen Fällen wurden amerikanische Untersuchungs-Ausschüsse mit weitreichenden Kompetenzen und sehr viel Geld ausgestattet. Warum nicht bei dieser Tragödie einer ganzen Nation?

Mathias Bröckers: "Monica Lewinsky – Clinton, diese Affäre wurde mit 30 Millionen Untersuchungsbudget ausgestattet und der 11. September mit drei Millionen. Hat das dann zaghaft erhöht – hinterher auf 15 Millionen. Diese Dimension zeigt schon, dass es bei der Ermittlung des 11. September eben genau um eine wirkliche Ermittlung – um eine wahrheitsgemäße und umfassende Darstellung und ein verantwortlich machen der Täter und Hintermänner, dass es darum nie ging."

Auch zehn Jahre nach den vier tödlichen Flügen, nach dem Tag, der die Welt, unser Denken, unsere Ängste veränderte, gibt es noch viele offene Fragen. Mathias Bröckers stellt sie. Er beschäftigt sich lang schon mit diesem Reizthema, hat sogar zwei Krimis darüber geschrieben. Ärger, mediale Prügel sind ihm, er ahnt es, auch diesmal gewiss: "Ich habe ganz oft gehört, von Kollegen auch in der Vergangenheit – aus dem Medien- und aus dem journalistischen Bereich, die sagten: 'Bröckers, was Du da schreibst, das ist doch gar nicht so falsch, aber ich will damit nichts zu tun haben'."

Dabei ist Bröckers Sündenregister der Versäumnisse und Widersprüche bei der Aufklärung des 11. September weder antiamerikanisch noch verschwörungstheoretisch. Der Autor konstruiert keine Antworten, sondern er besinnt sich einzig auf eine uralte journalistische Tugend: auf das Handwerk des gelegentlich unbotmäßigen Zweifels.

Quelle: www.daserste.de/ttt
(Text aus ARD-Fernsehsendung Titel-Thesen-Temperamente 11.07.11

FRIEDENSBLÄTTER

Seite des Friedensnetzes und des Förderverein Frieden e.V. Baden-Württemberg im Friedensjournal Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart; 0711 6368240

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg www.friedensnetz.de / buero@friedensnetz.de

Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz einfügen!

In einem offenen Brief an die neue Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, an die drei Präsidenten des Karlsruher Instituts für Technologie KIT und den Rektor der Universität Tübingen fordern Studierenden-Vertretungen, Friedensgruppen, Gewerkschafter/innen, Uni-Professoren und andere Persönlichkeiten aus Baden-Württemberg, endlich Schluss zu machen mit der Rüstungsforschung an den Hochschulen des Landes und eine Zivilklausel in das neue Landeshochschulgesetz einzufügen. Im Brief heißt es:

Sehr geehrte Frau Ministerin, (...)
• Im Dezember 2009 wurde auf Initiative der Tübinger Studierenden eine Zivilklausel in die Uni-Grundordnung eingefügt, die im Oktober 2010 rechtskräftig wurde.
• Im Dezember 2010 war unter den Studierenden der Uni Köln eine Urabstimmung für die Zivilklausel erfolgreich, wie im Januar 2009 an der Uni Karlsruhe mit einem 2/3-Zustimmungsvotum.
• Im Januar 2011 wurde der zitierte auf eine KIT Zivilklausel bezogene Internationale Appell erweitert und der Verzicht auf Militärforschung für alle Universitäten gefordert , erneut von Hiroshima-Bürgermeister Tadatoshi Akiba und einer Reihe von Nobelpreisträgern unterzeichnet. (...)
• Im Mai 2011 fand ein bundesweiter-Zivilklausel-Kongress an der TU Braunschweig mit TeilnehmerInnen aus über 30 Hochschulen statt, mit Berichten über vielfältige anwachsende Aktivitäten, mündend in einer Erklärung „Hochschulen für den Frieden! -Nein zur Kriegsforschung! -Ja zur Zivilklausel!“.
Wir bitten Sie und die Koalitionspartner in der Landesregierung darum, bei der anstehenden Novellierung des Landeshochschulgesetzes eine Zivilklausel einzufügen, die auch für das KIT wirksam wird.
Dazu verweisen wir auf die entsprechenden Aussagen in den Landtagswahlprogrammen Ihrer Partei ebenso wie der SPD, sowie auf die Ihnen bekannten Stellungnahmen und Beschlüsse der LandesAstenKonferenz, der Gewerkschaften ver.di und GEW, des fzs („freier zusammenschluss von studentInnenschaften“), der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ und vieler anderer. Für die KIT Zivilklausel haben Sie, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Minister Dr. Nils Schmid dankenswerter Weise persönlich unterzeichnet. Die zugehörige Unterschriftensammlung mit 450 unter-zeichnenden Persönlichkeiten, die am 21. März an KIT Präsident Hippler persönlich übergeben wurde, ist vom KIT-Senat ignoriert worden. (...)
Die gerade hinter uns liegenden Jahrestage der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki und die Fukushima-Katastrophe haben uns die Verletzlichkeit der menschlichen Zivilisation vor Augen geführt. (...)
Zivile und humanitäre Konfliktlösungen zu suchen, statt mit Krieg und Militäreinsätzen Sicherheit oder gar Gerechtigkeit schaffen zu wollen, ist das unabweisbare Gebot der Vernunft. …

Veranstaltungen zum

Antikriegstag

in Baden Württemberg

Aalen: 17:00 Uhr am Marktbrunnen Aalen. Bernhard Richter (Ev. Stadtpfarrer, Aalen), Philipp Jacks (DGB Regionssekretär), Musik: Dieter & Dieter. 18 Uhr Ökumenischer Gottesdienst in der Stadtkirche.

Esslingen: 17 Uhr an der Nikolauskapelle. Redner: Thomas Bittner und Matthias Burkhard. Klarinette: Daniel Zimmermann. Kranzniederlegung

Fellbach: 18 Uhr am Friedensbaum in Fellbach zwischen Schwabenlandhalle und Schillerstr. 26. Rede: Nikolaus Landgraf (DGB-Landesvorsitzender) 19 Uhr Diskussionsveranstaltung (AWO Fellbach Gerhart-Hauptmann-Str.17): "Krieg in Libyen. Warum?", Referent: Joachim Guilliard

Freiburg: 17.30 Kundgebung am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus am Rotteckring
Friedrichshafen: 2. September 18:30 Uhr: Haus der kirchlichen Dienste, Katharinenstr. 16; „Arabischer Frühling der Rüstungsindustrie?“ Referentin: Claudia Haydt (IMI)

Heidelberg: 15 - 18 Uhr Infostand auf dem Bismarckplatz Redner: Erich Vehrenkamp, DGB Kreisvorsitzender, Vertreter/innen von VVN und Antikriegsforum HD

Heilbronn: 18 Uhr Mahnwache an der Ehrenhalle am Heilbronner Rathaus. Redner: Hans-Dieter Wille, Prälat in Ruhe.

Karlsruhe: 17 Uhr Infostand und Kundgebung (18 Uhr) am Marktplatz Redner: Jürgen Ziegler, ver.di Geschäftsführer Mittelbaden/Nordschwarzwald; Arno Neuber, Friedensbündnis;Harry Block Liedbeiträge von Marianne
14. 9. 19.30 Uhr im DGB-Haus. Veranstaltung "Der Krieg des Westens gegen Libyen" mit Arno Neuber (Friedensbündnis Karlsruhe / Informationsstelle Militarisierung)

Mannheim: 19 Uhr Antikriegstagsveranstaltung im Gewerkschaftshaus Mannheim, Hans-Böckler-Str. 1. Referent: Paul Russmann ("Ohne Rüstung leben")

Pforzheim: 11 Uhr Kranzniederlegung durch DGB Nordbaden und IGM Pforzheim auf dem Hauptfriedhof

Stuttgart: 17 Uhr Kundgebung und Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer des Faschismus: Bernhard Löffler (Regionsvorsitzender DGB Region Nordwürttemberg), Ilse Kestin (Landessprecherin VVN / Bund der Antifaschisten), Hans Kumpf (Klezmer-Klarinette).

Ulm: 16 Uhr Münsterplatz Infostände 17.30 Uhr Kundgebung mit Peter Fischer, DGB Südwürttemberg, Andrea Schiele, VVN – BdA. Musik von Ana Bienek. 19 Uhr Haus der Gewerkschaften, Weinhof 23, Diskussionsveranstaltung „Abrüstung contra Arbeitsplätze?-Chancen ziviler Alternativen zur Rüstungsproduktion

Freude über Ende der Kämpfe
Keine Freude über Sieg der NATO
Sorge um Zukunft der UNO

Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag vom 22.08.2011

Zur voraussichtlichen Übernahme der Regierungsgewalt in Libyen durch Rebellenverbände erklärten die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Lühr Henken und Peter Strutynski, in einer ersten Stellungnahme:

Sollten die libyschen Rebellenorganisationen nun auch in der Hauptstadt Tripolis die Kontrolle und Macht übernehmen oder bereits übernommen haben, so ist zu hoffen, dass die Kämpfe auch schnellstens beendet werden. Große Sorge besteht hinsichtlich drohender Rache- und Vergeltungsakte der "Sieger" über die Anhänger des gestürzten Machthabers Gaddafi. Der Krieg hat bisher schon zu vielen Menschen - auf allen Seiten - das Leben gekostet, Hunderttausende zur Flucht getrieben, große Teile der Infrastruktur des Landes zerstört.

Meldungen, wonach "die Rebellen" über das Gaddafi-Regime gesiegt hätten, entbehren jeglicher Grundlage. Es war die NATO, die das militärisch nicht eben starke Land sturmreif geschossen hat. Vom 31. März bis zum 21. August hat die NATO 19.751 Einsätze geflogen; wie viele Angriffe bereits vorher von Seiten Frankreichs, Großbritanniens und der USA geflogen wurden (sie begannen ihren Krieg bereits am 19. März) ist nicht bekannt. Der Krieg gegen das Regime Gaddafi hat über fünf Monate gedauert, doppelt so lang wie der NATO Krieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999. Damals hatten unter dem Schutz der NATO-Bomber die UCK-Kämpfer die Gewalt über die serbische Provinz Kosovo errungen.

Freude über den militärischen Sieg der NATO kann in den Reihen der Friedensbewegung nicht aufkommen. Dazu sind den Bombenangriffen der NATO eine zu große Zahl von Zivilpersonen zum Opfer gefallen, Häuser, Schulen, Rundfunkstationen und andere Infrastruktureinrichtungen zerstört worden. Noch vor wenigen Tagen starben bei NATO-Angriffen auf das Dorf Majer 85 Bewohner, darunter Frauen und Kinder. Wie in solchen Fällen üblich erklärte ein Sprecher der NATO, das bombardierte Dorf stellte "einen militärischen Sammelplatz" dar und die NATO habe "zur Stunde keine Beweise für irgendwelche zivilen Opfer". Am 8. August hat die UNESCO sich darüber beschwert, dass bei einem Luftangriff auf eine Übertragungsanstalt des libyschen Fernsehens drei Medienmitarbeiter getötet und 21 Menschen verletzt wurden. Gewalt gegen Journalisten und Medienmitarbeiter verstoßen gegen internationales Recht, insbesondere gegen die Resolution des UN-Sicherheitsrats 1738 (2006). Doch auch darin hat die NATO Erfahrung: Im Jugoslawienkrieg 1999 wurde die Rundfunk- und Fernsehanstalt in Belgrad bombardiert. Da die NATO keinerlei Angaben über Opfer auf libyscher Seite macht, dringen nur sporadisch Meldungen über sog. "Kollateralschäden" unter der Zivilbevölkerung durch. Bekannt wurde z.B. der Fall eines Familienvaters, der am 20. Juni seine Angehörigen bei einem NATO-Luftangriffe auf die libysche Stadt Sorman verloren hatte und eine Klage gegen die NATO einreichte. Bei dem Angriff auf das Wohnhaus waren insgesamt 15 Menschen getötet worden. Mitte Juli hatte die libysche Regierung die bis dahin getöteten Zivilpersonen auf 1.108 beziffert.

Der Krieg der NATO zielte von Anfang an auf den Sturz des libyschen Machthabers Gaddafi. Der "Schutz der Zivilbevölkerung" war lediglich ein Vorwand, diesen Krieg zu führen. In Wahrheit ging und geht es der "westlichen Wertegemeinschaft" um materielle und strategische Ziele:

1. Eine neue, neoliberal ausgerichtete libysche Regierung befreit die westlichen Erdöl- und Erdgaskonzerne von den Verträgen mit Gaddafi, die dem Regime durchschnittlich 89 Prozent der Einnahmen zuführten.

2. Eine neue Regierung der "Rebellen", die in der Schuld ihrer westlichen Schutzmächte steht, eröffnet multinationalen Wasserkonzernen die Möglichkeit, sich an der Vermarktung des noch in Staatsbesitz befindlichen Nubischen Aquifer zu beteiligen. Dieses größte Frischwasserreservoir der Welt unter der libyschen Wüste ermöglicht die komplette Wasserversorgung des Landes mit einer Reichweite von ca. 5.000 Jahren. Der Wert des Wassers liegt beim Fünffachen des Werts des Erdöls und Erdgases.

3. Mit der Beseitigung Gaddafis verschwindet ein wichtiger Motor der afrikanischen Einigung, die auf eine ökonomische Selbständigkeit des schwarzen Kontinents abzielt - unabhängig vom internationalen Währungsfonds und den Petrodollars.

4. Darüber hinaus könnte eine westlich orientierte neue libysche Regierung helfen, den Einfluss Chinas in Afrika zurück zu drängen. China investiert in Libyen mehr als in den anderen afrikanischen Staaten. Der Westen sieht in der chinesischen Konkurrenz eine Bedrohung des eigenen Einflusses und der Profitquellen westlicher Konzerne.

5. Eine prowestliche Regierung in Libyen eröffnet für Großbritannien und die USA die Möglichkeit, wieder – wie unter der Herrschaft des libyschen Königs vor 1969 – Militärstützpunkte einzurichten.

Die Kriegshandlungen gegen Libyen waren ursprünglich vom UN-Sicherheitsrat mandatiert worden (Resolution 1973 vom 17. März). Die Resolution ermächtigte jeden Staat, der will, zum "Schutz der Zivilbevölkerung" alle militärischen Mittel einzusetzen und jeglichen Flugverkehr gewaltsam zu unterbinden – und forderte eine "sofortige Waffenruhe". Der NATO-Einsatz hat binnen kürzester Zeit diese Absichten in das Gegenteil verkehrt: Die Eroberung des Luftraums wurde genutzt, um das Land aus der Luft zu bombardieren; geschützt wurden ausschließlich die Verbände der Rebellen und die von ihnen eingenommenen Städte; und jedes Waffenstillstandsangebot Gaddafis sowie die Vermittlungsangebote der Afrikanischen Union oder Venezuelas wurden von NATO und Rebellen postwendend abgelehnt.

Somit ist die UNO der eigentliche Verlierer dieses Krieges. Sie hat zugelassen, dass die NATO ein Land überfällt und dessen Regime wegbombt. Auf der Strecke bleiben die in der UNO-Charta verankerten Prinzipien des Gewaltverbots (Art. 2,4), der territorialen Integrität und staatlichen Souveränität (Art.2,2) und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten (Art. 2,7). Unter Berufung auf eine besondere "Schutzverantwortung" ("Responsibility to Protect") hat der UN-Sicherheitsrat das Geschäft der NATO besorgt und das Völkerrecht weiter ausgehöhlt.

Aus all diesen Gründen weigert sich der Bundesausschuss Friedensratschlag, in die Jubelchöre des Westens über den entmachteten Despoten Gaddafi einzustimmen. Der Preis, den das libysche Volk zahlen musste, ist hierfür zu hoch. Und das beschädigte Völkerrecht wird nur schwer zu reparieren sein.

Für die weitere Entwicklung ist zu hoffen, dass

1) die Kämpfe sofort und endgültig eingestellt werden,

2) neutrale Blauhelme der Afrikanischen Union ins Land gelassen werden, die über eine Waffenruhe wachen sollen, und

3) das libysche Volk als Ganzes demokratisch über seine eigene Zukunft entscheiden kann..